

WIR-Newsletter

16 / Mai 2020

Liebe Leser*innen,

das Virus macht keine Ausnahme zwischen Deutschen und Nichtdeutschen, Jungen und Alten, Behinderten und Nichtbehinderten. Der Umgang mit dem Virus und die individuellen Handlungsmöglichkeiten unterscheiden sich jedoch: Menschen aus vulnerablen Gruppen haben nicht dieselben Schutzmöglichkeiten. Mit dem Virus werden Flüchtlingscamps für körperlich ohnehin geschwächte Menschen zu verhängnisvollen Fallen. Was Schutz versprach, wird zur Bedrohung. Knapp 40.000 Geflüchtete leben auf den Inseln in der Ägäis unter menschenunwürdigen Bedingungen, darunter etwa 14.000 Minderjährige. Eigentlich hätten die Inselcamps alle längst evakuiert, die Menschen wenigstens auf das griechische Festland gebracht werden müssen. Das verlangt auch das UN-Flüchtlings-Kommissariat.

„Pandemien erinnern uns daran, was wirklich wichtig ist.“ Mit diesen Worten wird der frühere amerikanische Präsident Barack Obama zitiert. Deutschland ist in der Corona-Krise im Vergleich zu seinen Nachbarn gut aufgestellt und macht vieles zuvor Undenkbare möglich: 240.000 Urlauber*innen werden aus der ganzen Welt zurückgeholt, 80.000 Erntehelfer*innen aus Osteuropa werden eingeflogen, um die Spargelernte zu retten. Und jetzt: 47 unbegleitete Flüchtlingskinder aus den griechischen Lagern dürfen nach Deutschland kommen (vielleicht demnächst bis zu 350). Ja, es ist eine Geste der Menschlichkeit – mehr aber auch nicht. Immerhin haben sich 150 Kommunen in Deutschland bereit erklärt, zusätzlich Geflüchtete aufzunehmen. Die Aufnahme schutzbedürftiger Kinder und anderer vulnerabler Gruppen sollte für alle europäischen Staaten eine menschenrechtliche Verpflichtung sein.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre, bleiben Sie gesund!
Norbert Wenzel, Fachstelle Integrationsmanagement / WIR

Aus der Region

Begleitung von Geflüchteten im Lahn-Dill-Kreis

(NW). Wir wollten wissen, wie die Covid-19-Pandemie die Arbeit von unseren Kooperationspartner*innen in den Kommunen des Lahn-Dill-Kreises verändert und wie sich die Maßnahmen des „lockdown“ auf Menschen mit Fluchthintergrund auswirken. Verschiedene Vertreter*innen von Flüchtlingshilfen und Beratungsstellen, Sportcoaches und Bürgermeister im Landkreis haben uns geschrieben.

1

Kommunikation

Telefon, E-Mails und WhatsApp müssen den persönlichen Kontakt zwischen Engagierten in der Flüchtlingshilfe und Geflüchteten ersetzen. Formulare von Ämtern, Versicherungen und Behörden werden von Geflüchteten per Post oder auch WhatsApp an ihre Unterstützer*innen gesendet, um Hilfe beim Ausfüllen zu erhalten. Auch Beratungsstellen arbeiten mit diesen Medien, berichten aber davon, wie viel schwieriger eine Beratung auf diesem Wege ohne einen persönlichen Kontakt sei.

Viele Geflüchtete haben sich vor der Coronakrise ein soziales Netzwerk aufgebaut und können nun im Bedarfsfall auf diese Kontakte zugreifen. Das trifft besonders auf die Jüngeren zu, die teilweise sehr gut vernetzt sind (Facebook, Twitter, Instagram, YouTube). Viele wissen demnach auch, wie gefährlich das Virus ist und wie man sich schützen kann. Die LDK-Integreat-App wird als zuverlässige Informationsquelle genannt. Es gibt allerdings auch Einzelne, die aufgrund von Meldungen aus ihren Heimatländern und auch der vielen Fake News in den sozialen Medien panisch sind und Verschwörungstheorien anhängen.



Bild: Corona-Button der LDK-Integreat-App

Viele Geflüchtete nutzen Tutorials, um die zusätzliche freie Zeit für Sport zu nutzen, aber auch zur Vorbereitung für Prüfungen. Das alles ist hilfreich, kann aber einen persönlichen Kontakt nicht ersetzen. Eine Kollegin schreibt hierzu: „Was uns allen extrem fehlt – und das ist auf beiden Seiten so – ist der persönliche Kontakt. Was freue ich mich darauf, endlich wieder unser Café aufmachen zu dürfen, uns persönlich zu begrüßen und beisammen zu sitzen und zu reden“.

Wohnen

Die oft beengten Wohnverhältnisse in Gemeinschaftsunterkünften oder auch Privatwohnungen werden kritisch gesehen und führen zu einer Zunahme von Konflikten und manchmal aggressiven Handlungen. Vor allem Kinder und Frauen litten unter dieser Situation, einzelne Kolleg*innen berichten von einer Zunahme von häuslicher Gewalt. Die vorgeschriebenen Abstandsregelungen in einem beengten Wohnumfeld könnten nicht gut eingehalten werden.

Psychische Gesundheit

Die aktuelle Situation ist für alle Menschen eine Herausforderung. Menschen mit Fluchttraumata oder anderen psychischen Vorbelastungen reagieren viel sensibler auf die aktuelle Situation. Einige igelten sich komplett ein, andere seien extrem ängstlich und verließen ihre Unterkunft kaum noch. Eine Kollegin schreibt hierzu: „Insgesamt betrachte ich die Situation so, dass unsere Geflüchteten in großer Sorge sind – genauso wie wir haben sie Zukunftsängste.“

Bei ihnen kommt jedoch hinzu, dass sie nun sehen, wie ihr „stabiles Deutschland“, was gerade geschafft hatte ihnen etwas Halt zu geben, nun selbst ins Wanken gerät.“ Regelmäßige Lern- und Sportangebote müssen ausfallen, was sich in besonderer Weise negativ auf Familien in beengten Wohnverhältnissen auswirkt. Ein Sportcoach schreibt hierzu: „Ich versuche bei meiner eigenen Gymnastikgruppe über das Internet mit Videochats Kontakt zu halten und vermittele auch kleine Sportprogramme für zu Hause.“

Schule und Ausbildung

In Greifenstein findet der Deutschunterricht für Geflüchtete per Videoanruf auf WhatsApp statt – die Schüler*innen bereiten sich auf den Unterricht mit eigenen Texten aus Büchern und Zeitungen vor. Dies sei ein guter Weg, den Kontakt mit Geflüchteten zu halten, könne aber nicht den Unterricht in einer Lerngruppe im Integrationskurs oder in der Schule ersetzen.

„Homeschooling“ ist für viele ein Problem, da nicht jeder einen PC oder freies WLAN in den Gemeinschaftsunterkünften zur Verfügung habe. Eine große Überforderung gäbe es in Familien, in denen die Eltern Analphabeten oder nicht so geübt im Lesen und Schreiben sind. Die schulfreie Zeit bedeutet für viele Kinder aus Flüchtlingsfamilien ein Rückschritt im Hinblick auf die sprachliche Entwicklung, denn es fehlen die Anregungen und die Unterstützung im Kindergarten und in der Schule. Befürchtet wird, dass sich die Bildungsschere weiter öffnet zwischen gut zu Hause betreuten Kindern und denjenigen, die nicht auf die Unterstützung ihrer Eltern zurückgreifen können. Ausbildungen zum Beispiel in der Gastronomie sind derzeit unterbrochen – die Küchen von Hotels und Gaststätten sind geschlossen, der Berufsschulunterricht findet im Moment nicht statt.

Arbeit

Eine Folge der Corona bedingten Geschäfts- und Firmenschließungen waren sofortige Entlassungen von Geflüchteten im Niedriglohnsektor und derer, die aufgrund ausländerrechtlicher Duldungen lediglich mit kurzen Vertragslaufzeiten arbeiteten. Ohne Einkommen werden z.B. Mietzahlungen problematisch. Auch der Familiennachzug ist an den Lohnerwerb gekoppelt. Menschen, die unter prekären Arbeitsbedingungen tätig sind (Minijobs, teilweise „Schwarzarbeit“) sind in dieser Krise noch weniger motiviert, gegen Arbeitgeber vorzugehen, die gegen gesetzliche Vorgaben verstoßen – aus Angst vor dem Jobverlust. Aber es gibt auch positive Beispiele: bei einem Logistik-Dienstleister im Kreis, bei dem einige Geflüchtete beschäftigt sind, gäbe es bisher weder Kurzarbeit noch Entlassungen.

Chancen

Die Nutzung von sozialen Medien als Informations- und Kommunikationsmöglichkeit wird besonders von jungen Geflüchteten wie selbstverständlich genutzt. Einige verstehen die Krise aber auch als Chance – so schreibt eine Kollegin aus Wetzlar: „Manche der jungen Geflüchtete haben sich jetzt zum ersten Mal in ihrem Leben ein „richtiges“ Essen gekocht, da sie ja im Moment viel Zeit haben. Andere wünschen sich, dass doch die Schule so schnell wie möglich wieder öffnet und das „normale“ Leben zurückkehrt.“

Flüchtlingsbüros mit besonderer Öffnungsregelung

Aufgrund des erhöhten Ansteckungsrisikos im Kundenverkehr bleibt die Kreisverwaltung bis auf weiteres für den allgemeinen Besucher- und Publikumsverkehr geschlossen. Ab Montag, 04. Mai 2020 sind die Flüchtlingsbüros des Fachdienstes „Zuwanderung und Integration“ in Wetzlar und Dillenburg unter bestimmten Bedingungen verstärkt zugänglich. Bedingung ist eine Terminvereinbarung vorab per Telefon. Zur Wahrnehmung eines Termins ist ein Mund-Nasen-Schutz (Alltagsmaske) zu tragen. Sollte keiner vorhanden sein, kann der Fachdienst aushelfen: hierzu unterstützen Mitglieder der Ahmadiyya-Gemeinde den Fachdienst mit selbstgenähten Stoffmasken. Der allgemein geforderte Sicherheitsabstand von mindestens 1,5 Metern ist einzuhalten. Ratsuchende sollten ohne Begleitpersonen erscheinen.

Aktuelle Informationen zum Virus in verschiedenen Sprachen

Aktuelle Corona-Infos in verschiedenen Sprachen gibt es auf der Seite der [Beauftragten der Bundesregierung für Migration](#), Flüchtlinge und Integration. Informationen, zugeschnitten auf in Deutschland lebende EU-Bürger*innen finden Sie [hier](#).

Corona-Krise: Soforthilfe für Vereine

Das Land Hessen startet ab 1. Mai mit einem neuen Förderprogramm „Weiterführung der Vereins- und Kulturarbeit“, um die finanziellen Folgen der Corona-Pandemie für die hessische Vereins- und Kulturlandschaft abzufedern. Je nach Situation mit bis zu 10.000 € finanzielle Unterstützung. Die Pressemeldung mit der Richtlinie und dem Antragsformular finden Sie [hier](#).

Sport und Flüchtlinge – Antragsfrist verlängert

In der aktuellen Situation übernehmen die hessischen Kommunen eine Vielzahl zusätzlicher Aufgaben. Vor diesem Hintergrund erweitert das Land Hessen für das Förderjahr 2020 die Antragsfrist in dem [Landesprogramm "Sport und Flüchtlinge"](#) auf den 30. Juni. Anträge sollen zeitnah gestellt werden. Die Nutzung des einfachen Onlineantragsformulars beschleunigt den Bewilligungsprozess, so das Ministerium. Im Lahn-Dill-Kreis haben die Kommunen Aßlar, Sinn, Eschenburg, Haiger, Solms und Herborn bereits eine Förderzusage erhalten.



Foto: Pixabay

JLU Gießen unterstützt studierwillige Geflüchtete mithilfe neuer Förderung

Mit sprachlicher Förderung, studienvorbereitenden Fachkursen und Beratung in der Bewerbungsphase unterstützt die [JLU Gießen](#) Geflüchtete, die ein Studium aufnehmen wollen. Welche Erkenntnisse zur Integration von Geflüchteten an deutschen Hochschulen liegen bereits vor? Eine Antwort finden Sie in einer [neuen Studie](#) des Deutschen akademischen Austauschdienstes (DAAD).

Unterstützungsangebote aus Hessen in der Corona-Krise

In einem Sondernewsletter informieren das [IQ-Netzwerk](#) über Unterstützungsangebote für migrantische Unternehmen, Geflüchtete und Anerkennungssuchende in Hessen. Es wird beleuchtet, welche Auswirkungen die Corona-Pandemie auf die berufliche Anerkennung in der Gesundheits- und Krankenpflege hat und auf aktuelle Informationen im Feld der Migration und Integration verweisen.

Wie Muslime in Coronazeiten Ramadan feiern

Der Fastenmonat Ramadan bedeutet für viele Muslime eine Zeit der Begegnung. In diesem Jahr jedoch ist wegen Corona alles anders. Die [Gießener Allgemeine besuchte eine Familie](#).

Quer gelesen: Neues zu Migration und Integration

POLITIK UND GESELLSCHAFT

Corona und Migration

Der [MEDIENDIENST](#) hat wichtige Informationen zum Themenkomplex „Corona-Pandemie und Migration“ zusammengetragen. Hier geht es zum Beispiel um die Frage, wer noch nach Deutschland einreisen darf oder wie hoch die Zahl der Infizierten in Flüchtlingsunterkünften ist.

Leitfaden Wohnungsmarkt: Fair mieten – fair wohnen

Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes hat einen [Leitfaden zum Thema Wohnen](#) herausgegeben. Er richtet sich an Mieter*innen, Vermieter*innen und Beratungsstellen. Der Leitfaden geht der Frage nach, woher die Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt kommt, welchen rechtlichen Schutz und welche Handlungsmöglichkeiten es gibt.

Information zu Gewaltschutz in leichter Sprache

Frauenhäuser und Beratungsstellen rechnen in der Corona-Krise mit einer Zunahme von häuslicher Gewalt. Die Frauenhaus-Koordinierung e.V., ein Zusammenschluss von 260 Frauenhäusern und 230 Beratungsstellen, hat [Informationen zum Gewaltschutz](#) in leichter Sprache veröffentlicht.

Nach Hanau: Bundesregierung beruft Ausschuss gegen Rassismus

Das Bundeskabinett hat die Einrichtung eines [Ausschusses zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus](#) beschlossen. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hatte nach dem weiteren rassistischen Anschlag in Hanau beim Integrationsgipfel Anfang März angekündigt, dass ein solcher Ausschuss auf Wunsch von Migrantenverbänden gebildet werden soll. Den Vorsitz hat Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU). Eine Person mit Migrationshintergrund sucht man im Ausschuss vergeblich.

Nach Hanau: Mansour zu Rassismus

Ahmad Mansour ist Psychologe und Autor. Als Islamismus-Experte war Mansour Gast in der ersten Interkulturellen Woche im Lahn-Dill-Kreis im vergangenen Jahr. Im [Magazin Cicero](#) äußert er sich jetzt zu dem Attentat von Hanau und den Folgen.

Einschränkungen – für viele immer schon

Viele Menschen in Deutschland beschwerten sich über Personenkontrollen, Reise- und Freiheitsbeschränkungen. Was für einige Menschen in Coronazeiten unverhältnismäßig ist, ist für viele andere Menschen in Deutschland Alltag. Vielleicht löst das ein Umdenken aus, meint [Carmen Colinas](#) in ihrem Beitrag für das MIGAZIN.

Rassismusbericht des Europarats

Der Europarat mit Sitz in Straßburg hat zur Aufgabe, über die Menschenrechte in seinen 47 Mitgliedstaaten zu wachen. Dafür sind verschiedene Expertengruppen im Einsatz, die regelmäßig den Stand der Dinge in den einzelnen Mitgliedsstaaten untersuchen. Als einer der zentralen Punkte des Berichts gilt die Aufklärungsarbeit in Institutionen. Gemäß den Autoren der [Studie](#) muss Deutschland vor allem in Schulen, Universitäten und bei der Polizei verpflichtende Kurse gegen Rassismus und Diskriminierung umsetzen.

Mehr als 1.700 Angriffe gegen Geflüchtete in 2019

Für [Attacken auf Flüchtlinge, Asylunterkünfte und ehrenamtliche Helfer*innen](#) waren 2019 laut Bundesregierung fast immer Rechtsextremisten verantwortlich. Ein Kabinettsausschuss gegen Rechtsextremismus ist ein erster Schritt. Besser wäre es noch, man würde eine dauerhafte Förderung der Beratungs- und Präventionsprojekte für die Opfer von Rassismus und gegen Rechtsextremismus gesetzgeberisch absichern.

Alternativen zum Konzept „Migrationshintergrund“?

Der „Migrationshintergrund“ steht zunehmend in der Kritik. Er sagt nichts über die Lebensrealitäten von Menschen aus und die statistische Erfassung ist zu komplex, so Fachleute. Welche Alternativen gibt es? Der [MEDIENDIENST](#) hat Vorschläge in einem Infopapier zusammengestellt.

BAMF nimmt Anträge nur noch schriftlich entgegen

Das [Bundesamt für Migration und Flüchtlinge](#) (BAMF) hat zur gebotenen Vermeidung von Kontakten die persönliche Antragstellung umgestellt und nimmt Asylanträge gegenwärtig nur noch schriftlich entgegen. Das Bundesamt konzentriert sich derzeit im Asylbereich auf Entscheidungen nach Möglichkeit ohne Durchführung von Anhörungen.

Aufgrund der aktuellen Entwicklung zum Corona-Virus wird die Asylverfahrensberatung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge vorübergehend ausgesetzt. Diese Maßnahmen wurden zum Schutz aller Beteiligten und zur Unterbrechung der Ansteckungskette ergriffen. Das Bundesamt wartet die weitere Entwicklung der infektionsschutzrechtlichen Vorgaben ab und wird seine Anhörungspraxis bei Bedarf hieran anpassen.

ARBEIT UND BILDUNG

Deutschkurse des Volkshochschulverbands auf vhs-Lernportal

Die Corona-Krise hat laufende Integrations- und Sprachkurse unterbrochen. Der Deutsche Volkshochschul-Verband bietet jetzt die ersten [Kurse online](#) an. Nach und nach soll das Angebot ausgeweitet werden - mit Unterstützung des BAMF.

Studie zu Homeschooling in Migranten-Haushalten

Die meisten Familien in Deutschland sind einer Studie zufolge gut aufgestellt für das [Homeschooling](#). Doch nicht in jedem Haushalt sind die Ressourcen ausreichend – u.a. bei

Kindern mit ausländischen Wurzeln. Experten fordern intensive Zusatzförderung nach Öffnung der Schulen.

Online-Veranstaltungen der Bildungsstätte Anne Frank

Die Bildungsstätte Anne Frank bietet Webinare statt Präsenzseminaren an. Das Themenspektrum umfasst Webinare zu Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus. Die Angebote finden Sie [hier](#).

Bildungsarbeit: Handbuch Maßstab Menschenrechte

Was sollten Pädagog*innen beachten, wenn sie in einem Workshop oder im Regelunterricht die Themen Flucht, Asyl und / oder rassistische Diskriminierungen menschenrechtlich und diskriminierungsbewusst behandeln wollen? Wie kann eine inklusive Atmosphäre gelingen, wobei unter anderem Sprache, die eigene Rolle sowie die Auswahl der Materialien wichtige Aspekte darstellen?

Antworten darauf gibt das [Handbuch „Maßstab Menschenrechte“](#) – Bildungspraxis zu den Themen Flucht, Asyl und rassistische Diskriminierung“, welches das Deutsche Institut für Menschenrechte in Zusammenarbeit mit Bildungspraktiker*innen von Selbstorganisationen und (geflüchteten) Aktivist*innen herausgegeben hat.

Qualifikation von Eingewanderten

Der neue [IAB-Kurzbericht](#) thematisiert die Qualifikation von Eingewanderten. Der Akademikeranteil unter den neu Eingewanderten liegt der neuen Studie zufolge deutlich höher als in der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Mit dem Anstieg der Migration seit 2010 ist deren Anteil jedoch gesunken.

Ungleiche Bildungschancen

Bildung ist ein Schlüssel zu gesellschaftlicher Teilhabe. Allerdings sind die Bildungschancen in Deutschland nach wie vor ungleich verteilt. Das gilt insbesondere für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund. In einem Faktenpapier hat der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration die zentralen [Befunde zur Bildungsbenachteiligung](#) von jungen Menschen mit Migrationshintergrund zusammengestellt.



Foto: Pixabay

Studierende der islamischen Theologie sind meist weiblich

Wer studiert eigentlich Islamische Theologie? Dieser Frage geht die Goethe-Universität Frankfurt in einer [Expertise](#) nach: „Ein Überblick über das Fach und seine Studierenden“.

Medizinisches Fachpersonal aus dem Ausland – unentbehrlich für Deutschland

In der Corona-Krise ist das deutsche Gesundheitssystem mehr denn je auf die Unterstützung der knapp 50.000 Ärzte mit ausländischen Wurzeln angewiesen. Gleiches gilt für die 63.000 Pflegefachkräfte. Laut [Bundesärztekammer](#) liegt der Anteil der Ärzte mit ausländischer Staatsangehörigkeit im Bundesdurchschnitt bei 20 Prozent. Die größte Zahl ausländischer Ärzte stammt aus Rumänien (4.312), Syrien (3.907) und Griechenland (2.776).

Der migrantische Vater – das unbekannte Wesen?

Der Verband binationaler Familien und Partnerschaften hat sich einem Thema genähert, das im öffentlichen Bewusstsein kaum Betrachtung findet: der [migrantische Vater](#). Zwar sind die Hälfte aller Eltern Väter. Die allermeisten Angebote richten sich jedoch an Mütter. Väter finden in vielen Angeboten für Familien gar nicht statt.

MIGRATION WELTWEIT

40 Jahre UNO-Flüchtlingshilfe: 100 Künstler - 1 Mission

Gemeinsam mit 100 Künstlerinnen und Künstler setzt die UNO-Flüchtlingshilfe im Jahr 2020 mit einer Kunstlotterie ein Zeichen für die weltweit über 70 Millionen Menschen auf der Flucht. 100 Künstlerinnen und Künstler haben dafür Fotografien, Videos und Installationen zur Verfügung gestellt, die über die Spendenaktion verlost werden. <https://www.uno-fluechtlingshilfe.de/kunst/>

Krieg als Hauptursache von Flucht – Rüstungsausgaben weltweit beschleunigt

Krieg ist eine der Hauptursachen für Flucht. Dennoch sind die globalen Militärausgaben das fünfte Jahr in Folge gewachsen. Deutschland legte im vergangenen Jahr besonders stark zu. Das geht aus dem neuen [Bericht des Friedensforschungsinstituts SIPRI](#) hervor.

Bangladesch: 850.000 Menschen in einem Flüchtlingslager

Das Coronavirus bedroht die Ärmsten der Welt: in einem [Lager in Bangladesch](#) leben mehr als 850.000 Menschen. Die aus Myanmar geflohenen Rohingya genießen so gut wie keinen Schutz vor dem Coronavirus.

Spanien und Portugal: Deutlicher Rückgang der Asylbewerberzahlen

Vor der Corona-Krise landeten zeitweilig nirgendwo in Europa so viel Migranten*innen wie in [Spanien](#). Jetzt kommen nur sehr wenige. In Spanien sind die Asylbewerber*innen weitgehend auf sich selbst gestellt. In Portugal geht man einen pragmatischeren und menschenfreundlicheren Weg.

Griechenland – kommt die Evakuierung der Inseln?

Mit dem Ausbruch des Covid-19-Virus wurde das Flüchtlingslager Moria auf der griechischen Insel Lesbos zum Sperrgebiet erklärt. Im Interview erzählt Maria Fix, die Koordinatorin der Hilfsorganisation „[Medical Volunteer](#)“, was Ärztinnen und Pflegekräfte auf der Insel erleben. Das Magazin [Der Spiegel](#) kommentiert die Lage der Geflüchteten in Griechenland und stellt einen möglichen Plan zur Evakuierung der Inseln vor.



Foto: Pixabay

Frontex: Der Migrationsdruck bleibt hoch

Infolge der Corona-Pandemie ist die Aufnahme von Flüchtlingen und Migranten durch EU-Staaten derzeit komplett ausgesetzt. Nach Aussagen der [Grenzschutzagentur Frontex](#) bleibt der Migrationsdruck nach wie vor hoch.

Migrant*innen überweisen weniger Geld nach Afrika

Die Höhe der Überweisungen von afrikanischen Migrant*innen in ihre Heimatländer übersteigt um mehr als das Dreifache die Höhe der gesamten staatlichen Entwicklungshilfe der Industrieländer. Viele Migrant*innen in Europa haben [wegen der Corona-Pandemie nun ihre Jobs verloren](#). Die ausbleibenden Zahlungen sind ein schwerer Schlag für Afrika.

Onlinebasierte Kommunikation mit Geflüchteten

Der [Paritätische Gesamtverband](#) hat in einer neuen Publikation Praxistipps zu Rahmenbedingungen und Nutzung onlinebasierter Kommunikation für die Unterstützungsarbeit mit Geflüchteten in Zeiten der Corona-Pandemie zusammengestellt.

Webinar zum Thema Ausbildung und Beschäftigung

Das vhs-Ehrenamtsportal bietet am 06.05.2020 ein Webinar an zum Thema „Ausbildung, Beschäftigung und Mitwirkungspflichten von Geflüchteten in Zeiten von Corona - Alles, was man in der Flüchtlingsberatung jetzt wissen muss!“ Jens Dieckmann hat bereits die Themenwelt [Asylrecht und Behördendschunge](#) im vhs-Ehrenamtsportal verfasst und ist als Rechtsanwalt mit Spezialisierung für Asyl- und Aufenthaltsrecht tätig. Weitere Informationen zum Webinar finden Sie über diesen [Link](#) im neuen Community-Bereich der Website. Eine Anmeldung zum Webinar ist über [diesen Link](#) möglich.

Kontakt Newsletter: Norbert Wenzel, Fachstelle Integrationsmanagement im Lahn-Dill-Kreis

norbert.wenzel@lahn-dill-kreis.de, Tel. 06441 407 1487

Wenn Sie den Newsletter nicht mehr erhalten wollen, schreiben Sie uns bitte eine E-Mail.

Fotos: Privat und Pixabay

In diesem Newsletter wird aus folgenden Gründen die Gender*Gap-Schreibweise verwendet (z. B. Mitarbeiter*innen): Bei der meist anzutreffenden (männlichen) Schreibweise ist nicht davon auszugehen, dass tatsächlich weibliche und andere Perspektiven wie die von transidenten oder intersexuellen Menschen mitgedacht werden. Die Gender*Gap-Schreibweise bewegt sich zwar weiterhin zwischen den Polen männlich und weiblich, sie lässt aber deutlich mehr Raum für weitere Geschlechteridentitäten. Der Gender-Gap ist somit auch ein Beispiel für sprachliche Inklusion.

Impressum

Kreisausschuss des Lahn-Dill-Kreises
Karl-Kellner-Ring 51
35576 Wetzlar

E-Mail: info@lahn-dill-kreis.de
Tel.: 06441 407-0
Fax: 06441 407-1050

Der Lahn-Dill-Kreis ist eine Körperschaft des Öffentlichen Rechts und wird vertreten durch den Kreisausschuss, dieser durch den Landrat Wolfgang Schuster, Anschrift wie oben.

Umsatzsteuer-Identifikationsnummer
gem. § 27 a Umsatzsteuergesetz: DE 112641364